



Großer Konsens für den sozialen Rückschritt?

Die Rentenversicherung in der Bundesrepublik muß dringend reformiert werden. Ohne Reform würden entweder die Beiträge in den nächsten vierzig Jahren auf über 35% ansteigen oder die Renten müßten drastisch gekürzt werden. Ursache dieser (finanziellen) Probleme ist im wesentlichen die demographische Entwicklung. Vereinfacht kann gesagt werden: Heute zahlen zwei Versicherte eine Rente; in vierzig Jahren wird ein Versicherter eine Rente finanzieren müssen.

Am 14. November 1988 hat das Bundesarbeitsministerium einen „Diskussions- und Referentenentwurf zur Reform der gesetzlichen Rentenversicherung“ vorgelegt. Dieser Entwurf beinhaltete im wesentlichen folgende Punkte:

- 1.) Die Renten sollen künftig nicht mehr brutto-lohn- sondern nettolohnbezogen angepaßt werden;
- 2.) das Rentenalter soll auf das 65. Lebensjahr heraufgesetzt werden;
- 3.) bei vorzeitigem Rentenbeginn werden Abschläge vorgenommen;
- 4.) der Bundeszuschuß wird geringfügig erhöht;
- 5.) beitragsfreie und beitragsgeminderte Zeiten werden künftig geringer bewertet;
- 6.) künftig soll der Bezug einer Teilrente möglich sein.

Das Bundesarbeitsministerium wollte einen Konsens aller Parteien sowie der Sozialpartner und Rentenversicherungsträger erreichen. Die SPD ging in diese Konsensgespräche mit folgenden Forderungen:

- 1.) Der Bundeszuschuß für die versicherungsfremden Leistungen der Rentenversicherungen soll deutlich erhöht werden;
- 2.) eine Mindestrente soll den Lebensstandard im Alter sichern;
- 3.) höhere Altersgrenzen kommen erst in Frage, wenn die Massenarbeitslosigkeit überwunden ist;
- 4.) es ist eine Wertschöpfungsabgabe einzuführen, die die Beitragsmindereinnahmen infolge Rationalisierungen wieder ausgleicht und
- 5.) die Alterssicherungssysteme müssen harmonisiert werden.

In keinem dieser Punkte konnte sich die SPD durchsetzen. Lediglich kleine Verschiebungen wurden erreicht. Dies ist umso bedauerlicher, als daß hier die SPD ohne Not eigene Vorstellungen preisgegeben hat. Die Auswirkungen solcher Fehler werden vielleicht auch in Wahlergebnissen ablesbar sein.

Was beinhaltet nun der Rentenkonsens der großen Parteien? In einem Wort gesagt: Den sozialen Rückschritt.

Den gravierendsten Punkt des Rückschritts stellt die Heraufsetzung der Altersgrenzen dar. Damit wird die Altersgrenze 63 für das flexible Altersruhegeld - eingeführt ab dem Jahre 1973 - und die Altersgrenze 60 für Frauen und Arbeitslose - eingeführt ab dem Jahre 1957 - gestrichen. Betroffen hiervon sind alle Männer ab dem Geburtsjahrgang 1940 sowie alle Frauen ab dem Geburtsjahrgang 1948. Sie alle müssen ab dem Jahr 2006 bzw. 2012 um bis zu fünf Jahre länger auf ihre Rente warten. Wenn sie dennoch um bis zu drei Jahre vor dem 65. Lebensjahr Rente erhalten wollen, müssen sie einen Abschlag von bis zu 10,8% ihrer Rente hinnehmen. Getroffen sind insbesondere die Schwächsten in unserer Gesellschaft. Getroffen sind die Arbeitslosen - und die wird es auch zu Beginn des zweiten Jahrtausends geben. Getroffen sind Männer und Frauen, die das 60. Lebensjahr überschritten haben, aber nicht die hohen Hürden der Berufs- oder Erwerbsunfähigkeit überspringen können; die aber dennoch durch die Arbeitsbedingungen gesundheitlich geschädigt sind. Und getroffen sind alle Frauen, deren Doppelbelastung durch Berufs- und Familienarbeit nicht mehr bei der Rente berücksichtigt werden soll.

An der besonderen Betroffenheit von Frauen ändert sich auch nichts durch die Tatsache, daß die Mindestrentenregelung bis 1992 verlängert werden soll. Und es ändert sich auch nichts an dieser Benachteiligung von Frauen durch die Anrechnung von zwei weiteren Kindererziehungsjahren ab dem Jahr 1992 für danach geborene Kinder.

Arbeitslose und Kranke (die Krankengeld beziehen) sollen künftig benachteiligt werden, indem diese Zeiten nur noch mit 80% des Durchschnittsverdienstes bewertet werden.

Zum Nachteil aller Versicherten in der Rentenversi-

cherung wirkt es sich aus, daß der Bundeszuschuß nicht deutlich angehoben wird. Dieser Bundesanteil soll alle versicherungsfremden Leistungen der Rentenversicherungsträger abdecken (z.B. Kriegs- und Wehrdienstzeiten). Dieser von allen Steuerzahlern finanzierte Bundesanteil betrug einmal mehr als 30% der Rentenversicherungsausgaben und liegt z.Z. bei ca. 17%. Würde er unverändert beibehalten, würde er im Jahre 2030 nur noch 11,4% betragen. Der sogenannte Rentenkonsens der großen Parteien sieht eine schrittweise Anhebung in den nächsten vierzig Jahren auf ca. 24% vor. Erforderlich wären aber mindestens 30%.

Zu akzeptieren ist sicherlich die nettolohnbezogene Anpassung der Renten. Mit ihr muß sichergestellt werden, daß sich die Nettoeinkünfte aus dem Rentenbezug in gleichem Maße entwickeln wie die Nettoeinkünfte aus dem Erwerbsleben.

Nicht zu akzeptieren ist die Tatsache, daß der Rentenkonsens von einer Wertschöpfungsabgabe überhaupt nicht mehr spricht. Diese, von den Unternehmen zu finanzierende Abgabe, würde insbesondere die Betriebe bei der Rentenversicherung zur Kasse bitten, die Personal auf die Straße setzen und gleichzeitig die Gewinne erhöhen; diese Betriebe tun dies letztlich auch zum Nachteil der Rentenversicherung (weil sie weniger Beiträge bezahlen). Dem könnte eine Wertschöpfungsabgabe gegensteuern.

Die ursprüngliche Forderung der SPD nach einer Harmonisierung der Alterssicherungssysteme findet sich nur in einer relativ schwammigen Formulierung in dem sogenannten Rentenkompromiß wieder. Bis jetzt ist nicht erkennbar, wie und in welchem Umfang der bestehenden Ungleichheit zwischen Renten einerseits und Pensionen für Beamte, für Abgeordnete des Bundestags und der Landtage sowie für Staatssekretäre und Minister andererseits gegengesteuert werden soll. Es kann aber keinesfalls hingenommen werden, daß die Arbeiter und Angestellten in der Rentenversicherung mit höheren Beiträgen zur Kasse gebeten werden und gleichzeitig Leistungsminderungen hinnehmen müssen - dann aber wegen der demographischen Entwicklung für die

drastisch steigenden Pensionsgesamtausgaben höhere Steuern zahlen müssen.

Aus Sicht des hessischen DGB ist deshalb der Konsens zwischen den Regierungsparteien und der SPD abzulehnen. Ganz im Sinne dessen, was Ernst Breit schon Ende letzten Jahres sagte: Das ist nicht nur sozialpolitischer Rückschritt sondern das Rad der Geschichte wird bis zum Jahr 1916 zurückgedreht. Denn 1916 wurde die Altersgrenze von 70 Jahren in der Arbeiterrentenversicherung an die Altersgrenze 65 in der Angestelltenversicherung angeglichen.

Die bestehenden Altersgrenzen und die volle Bewertung von Zeiten der Arbeitslosigkeit und Krankheit können beibehalten werden, ohne die Beiträge in der Rentenversicherung drastisch zu steigern, wenn sinnvolle zusätzliche Finanzierungsmöglichkeiten ausgeschöpft werden. Dazu gehört auch und vor allen Dingen die deutliche Erhöhung des Bundesanteils. Dieser muß kurz-, mittel- und langfristig die versicherungsfremden Leistungen der Rentenversicherungsträger abdecken. Aber auch Betriebe und Unternehmen müssen verstärkt zur Finanzierung der Rentenversicherung herangezogen werden. Daß diese Finanzierung durch Betriebe und Unternehmen möglich ist, beweist allein die Tatsache von 120 Milliarden, die im Jahr 1988 unter der Überschrift „Kapitalflucht“ ins Ausland verlagert wurden. Die Finanzierung läßt sich auch durch eine Erhöhung der Lohnquote sicherstellen. Diese Lohnquote (Anteil von Löhnen und Gehältern am Sozialprodukt) ist im Jahr 1988 auf den Stand von 1960 zurückgefallen. Würde die Lohnquote durch höhere Rentenversicherungsbeiträge der Unternehmen wieder angehoben werden, wäre die Rentenversicherung auch gesund.

Abschließend bleibt nur eine Hoffnung im Hinblick auf den sogenannten Rentenkonsens zwischen Regierungsparteien und der SPD: Es darf den großen Konsens für den sozialen Rückschritt ebenso wenig geben wie eine große Koalition mit gleicher Zielsetzung.

Dietmar Glaßen

Stellvertretender DGB-Vorsitzender, Hessen

AFG-Sparnovelle

Zum 1.1.1989 ist erneut eine Novellierung des Arbeitsförderungsgesetzes (AFG) in Kraft getreten, die der Arbeitslosigkeit in unserem Land in keiner Weise gerecht wird und schon gar nicht die Voraussetzungen für eine wirksame Bekämpfung der Arbeitslosigkeit schafft.

Weitere Leistungseinschränkungen führen zu noch weniger Arbeitsbeschaffungs- und Qualifizierungsmaßnahmen. Hintergrund ist nicht nur die politische Konzeptlosigkeit der Bundesregierung, sondern auch die von ihr zu verantwortende Haushaltsmisere der Bundesanstalt für Arbeit (BA).

Nachdem nun die durch früheren Sozialabbau angelegten „Reserven“ aufgebraucht sind, wird die Bundesregierung 1989 nicht umhin können, Milliarden-Beträge zuzuschießen. Die aufgezwungene Übernahme früher durch Steuern finanzierter Aufgaben,

die Sprachförderung für Aussiedler, das Benachteiligungsprogramm und die Bildungsbeihilfen für arbeitslose Jugendliche haben die Solidargemeinschaft der Beitragszahler ins Defizit getrieben, nur um den Bundeshaushalt für andere arbeitnehmerfeindliche Projekte wie z.B. die sogenannte Steuerreform zu entlasten.

Nachdem die angelaufene „Qualifizierungsoffensive“ erste Erfolge zeigte, wird nun das Rad wieder zurückgedreht.

Die Ausgaben für Arbeitslose und von Arbeitslosigkeit unmittelbar Bedrohte, die an beruflichen Bildungsmaßnahmen teilnehmen, wurden um 300 Millionen DM gekürzt. Der Rechtsanspruch auf Kostenersatzung bei Teilnahme an einer beruflichen Bildungsmaßnahme wurde abgeschafft. Statt dessen steht die Kostenübernahme nun im Ermessen der

BA, wobei sich die Höhe der Leistung „an der Haushaltslage“ orientiert. Andere Förderungsleistungen wurden gänzlich gestrichen bzw. ausschließlich auf Darlehensbasis umgestellt. Dies betrifft insbesondere die Fortbildung des Pflegepersonals im Gesundheitsbereich, so daß der dortige Mangel an qualifiziertem Unterrichtspersonal erst recht nicht und auf lange Dauer überhaupt nicht behoben werden kann. Berufsausbildungsbeihilfe erhalten nur noch Jugendliche, die nicht mehr bei ihren Eltern wohnen oder dort nicht wohnen können.

Auch die Langzeitarbeitslosen werden die zusammengestrichenen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen zu spüren bekommen. Rund 160 Millionen DM sollen hier eingespart werden. Die Einarbeitungszuschüsse und Eingliederungsbeihilfen für schwer vermittelbare Arbeitslose werden um ca. 150 Millionen jährlich gekürzt.

Die Arbeitslosen selbst werden ebenfalls zur Kasse gebeten. Die Dauer der Arbeitslosenunterstützung verkürzt sich um die Dauer einer Erkrankung. Nochmals verschärft wurde ebenfalls die Sperrzeitregelung. Beiträge sind nunmehr auch von den 63-jährigen und älteren Arbeitnehmern zu zahlen.

Die Kürzungen erreichen insgesamt, mit denen im Gesetz nicht spezifizierten, sondern auf die BA selbst übertragenen Kürzungsaufträge, ein Volumen von mehr als 2 Milliarden DM.

Nichts anderes als die Demontage des Sozialstaats wird von der Bundesregierung betrieben. Das Dauerproblem der Massenarbeitslosigkeit in unserem Land wird durch eine solche Politik eingefroren. Die verfehlte Steuerpolitik soll nun auch noch von den Ärmsten im Lande finanziert werden. Die Sparnovelle zum AFG ist die soziale Bankrott-Erklärung dieser Bundesregierung. Statt endlich eine Beschäftigungspolitik durchzuführen, die den arbeitsmarktpolitischen Erfordernissen und gesetzlichen Aufgaben des AFG genügt, den Verfassungsauftrag des Sozialstaats verwirklicht, wird der Sozialabbau noch verschärft.

Die Folgen unbewältigter und verdrängter sozialer Probleme und Konflikte haben sich erst jüngst wieder bei den Wahlen in Berlin gezeigt. Es bleibt zu hoffen, daß die soziale Demontage durch die Bundesregierung diese Entwicklung nicht befördert.

Hartmut Schutz

Reichsbanner intern

Wir trauern um Fritz König

Am 14. Februar 1989 verstarb unser Bundesehrenvorsitzender Fritz König.

Fritz König wurde am Mittwoch, dem 2. April 1902 in Karlsberg in der Pfalz geboren. Schon 1903 zog die Familie König nach Frankfurt am Main um. Fritz König besuchte bis 1916 die Gellert-Schule in Sachsenhausen. Mitten im 1. Weltkrieg begann er im Jahre 1916 eine Lehre als Schriftgießer. In diesem Beruf hat Fritz König als Geselle und Meister bis 1933 gearbeitet. Nach der Machtübernahme durch Nazis wurde er vorübergehend entlassen.

Ab 1940 mußte Fritz König Kriegsdienst leisten. Er kam in englische Kriegsgefangenschaft und wurde Ende 1945 entlassen.

Ab 1. September 1946 nahm Fritz König eine Tätigkeit als Sekretär der Gewerkschaft Öffentliche Verwaltungen und Betriebe (heute ÖTV) auf. 1950 wurde er zum stellvertretenden Kreisvorsitzenden in Frankfurt am Main gewählt. Ab 1959 wurde er deren Vorsitzender und Geschäftsführer. Am 30. April 1967 trat Fritz König in den Ruhestand.

Fritz König war von Jugendjahren an in der Gewerkschaftsbewegung und politisch aktiv. Schon mit 15 Jahren wurde er 1917 Mitglied der Arbeiter-Jugend. 1918 trat er dem Buchdruckerverband bei und wurde Mitglied der SPD.

Fritz König hatte erkannt, daß nur eine organisierte Arbeiterschaft in der Lage sein wird, den Krieg, die Not zu überwinden und eine neue, sozialistische Gesellschaftsordnung zu schaffen.

Im Jahre 1919 wurde Fritz König Mitglied des All-

gemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB). Er wurde Gründer des Jugendkartells und erster Vorsitzender bis zum Verbot der Organisation im Jahr 1933.

Die Frankfurter Gewerkschaftsjugend wurde zu einer der aktivsten Gruppen überhaupt in Hessen. Daran war Fritz König maßgeblich beteiligt. Er wurde zu einem erfolgreichen Mitstreiter von Wilhelm Leuschner.

Fritz König gründete 1919 die Jugendgruppe der Typographischen Gesellschaft im Buchdruckverband. Im gleichen Jahr war er einer der Gründer der Jungsozialisten in der SPD. Fritz König war am erfolgreichen Widerstand gegen den Kapp-Putsch beteiligt. Er war schon in jungen Jahren eine gereifte und im politischen Kampf geprägte Persönlichkeit. Der Erhalt der jungen Demokratie, der Ausbau der Rechte der Arbeiter, die Einheit der Arbeiterschaft und die Sicherung des Friedens waren seine vorrangigen Ziele. Diese vertrat er auch als Vorsitzender des SPD-Distrikts Alt- und Innenstadt in Frankfurt a.M. Bis zum Jahre 1933 gehörte er dem Vorstand an. Dieses Engagement und besonders die Auseinandersetzung mit den Gegnern der Demokratie waren auch ausschlaggebend für den Beitritt in das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold (1926). Im gleichen Jahr wurde Fritz König zum Mitbegründer der Büchergilde Gutenberg. Auch in den Arbeitersportverbänden und den Arbeiterbildungsvereinen engagierte er sich für die Ziele der Arbeiterbewegung. Gegen Ende der Weimarer Republik war Fritz Kö-

nig ein starker Verfechter der „Eisernen Front“. Dazu hatten sich in einer Konferenz am 16. Dezember 1931 in Berlin die SPD, die Freien Gewerkschaften, die Arbeitersportorganisation und das Reichsbanner zusammengeschlossen.

Fritz König organisierte den Widerstand gegen die eventuelle Machtübernahme durch die Faschisten. Es wurden auch Waffen beschafft und in dem neubauten und 1931 eingeweihten Gewerkschaftshaus in Frankfurt am Main eingemauert. Am Ende gab es jedoch auch in Frankfurt am Main keinen organisierten Widerstand. Das Frankfurter Gewerkschaftshaus wurde am 2. Mai 1933 von den Nationalsozialisten besetzt. Fritz König mußte - wie viele andere - in den illegalen Widerstand. Sein Name ist als Widerstandskämpfer gegen die Hitlerdiktatur bekannt und verbürgt.

1946 hatte der spätere DGB-Vorsitzende Willi Richter Fritz König aufgefordert, den Wiederaufbau

der Gewerkschaftsbewegung mitzugestalten. Fritz König leistete seinen Beitrag. Er half bei der Beseitigung der Trümmerwelt und beteiligte sich in seiner Heimatstadt Frankfurt am Main entscheidend am Wiederaufbau einer demokratischen Gesellschaft. Bis zuletzt war Fritz König politisch aktiv: In der SPD, im Reichsbanner und in der Gewerkschaftsbewegung.

Fritz König war Träger hoher Auszeichnungen. Die Landesregierung hat ihm wegen seiner Verdienste für die Demokratie und das Land Hessen die Wilhelm-Leuschner-Medaille verliehen.

Für Fritz König gab es nie einen „Ruhestand“! Nach seiner Auffassung verträgt die Idee der Arbeiterbewegung keine Untätigkeit.

Wir werden Fritz König für immer ein ehrendes Andenken bewahren. Fritz König sollte uns allen ein Beispiel sein.

Karl-Heinz Jungmann

Nachruf

Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold und der Freiheitsbund e.V. trauern um
Elisabeth Behncke.

Unsere Kameradin Behncke gehörte dem Freiheitsbund e.V., dem Landesverband des Reichsbanner in Berlin, seit 1978 an. Vorher war sie schon über Jahrzehnte gemeinsam mit ihrem Ehemann, unserem Kameraden Heini Behncke für unsere Sache aktiv.

Wir vermissen unsere Kameradin sehr. Wir werden ihr ein liebes Andenken bewahren.

Freiheitsbund e.V.
Landesverband Berlin
Der Landesvorstand

Wir gratulieren

Unsere Kameraden

Günter Otto und
Horst Simanowski

wurden mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet.

Ihre Leistungen und Verdienste in partei- und gesellschaftspolitischen Bereichen sowie ihre Arbeit und der große persönliche Einsatz in den Bereichen Jugend und Sport waren für die Verleihung des Bundesverdienstkreuzes ausschlaggebend.

Beide Kameraden, die von einem großen Freundeskreis geschätzt werden, gehören seit über 25 Jahren dem Freiheitsbund e.V., Landesverband Berlin an.

Bundesverdienstkreuz für Willi Eid

Reichsbanner-Kamerad Willi Eid, Vorsitzender des Ortsvereins Darmstadt wurde für seine Verdienste

mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet. Im Namen des Bundespräsidenten nahm der Oberbürgermeister der Stadt Darmstadt, Günter Metzger, die Ehrung vor.

Willi Eid, 1920 in der Nähe von Stralsund geboren, wurde in einem von freiheitlichem Geist geprägten Elternhaus erzogen. Diese Erziehung brachte den Kameraden Eid schon als Jugendlichen nach 1933 in Konflikte mit den nationalsozialistischen Machthabern. So wurde dem fünfzehnjährigen Willi Eid eine Lehre verweigert, weil er nicht in die Hitlerjugend eintreten wollte. Bis zum Wehrdienst mußte er dann als Hilfsarbeiter tätig sein.

Auch bei der Wehrmacht ließ sich Eid das freie Denken nicht nehmen. Er hielt weder den Rußlandfeldzug noch den Krieg überhaupt für gewinnbar. Als Folge solcher Äußerungen wurde er vom Feldgericht zu Gefängnis und zur anschließenden Versetzung in das Strafbataillon 999 verurteilt. Nach dem „Endsieg“ sollte er gehängt werden.

Nach Kriegsende wurde Willi Eid Hilfsarbeiter bei der Reichsbahn. Er trat der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands und der SPD bei. In beiden Organisationen hat er sich für die Ziele der Arbeiterbewegung und der Schwachen in unserer Gesellschaft engagiert.

In Darmstadt hat er einen Ortsverein unseres Reichsbanner aufgebaut. Auch wir danken Willi Eid.

Karl-Heinz Jungmann

65 Jahre Reichsbanner

Der Frankfurter Ortsverein des Reichsbanners lädt zur Jahreshauptversammlung am 18. März ins Bürgerhaus Bornheim ein. Nachdem in den letzten Jahren eine produktive und kontinuierliche Arbeit geleistet wurde, kann die Frankfurter Gruppe guten Gewissens auf die Geschichte des Reichsbanners, das vor 65 Jahren gegründet wurde, zurückblicken. Neben der Wahl des neuen Vorstandes wird auch eine Ausstellung zur Geschichte des Reichsbanners

gezeigt. Sie kann auf Anfrage auch an andere Ortsvereine oder Landesverbände ausgeliehen werden. Der geschäftsführende Bundesvorstand wird anlässlich der Gründung des Reichsbanner vor 65 Jahren eine umfangreiche Presseinformation herausgeben. Diese wird auch den Landesverbänden zur Verfügung gestellt.

Die Redaktion

In eigener Sache

Ab dem 1. April 1989 ändern sich die Gebühren für Streifbandzeitungen. Diese Verteuerung des Portos müssen wir an die Bezieher unserer Zeitschrift weitergeben. Wir werden, soweit uns Einzugsermächtigungen vorliegen, im Jahre 1989 0,45 Pfennig mehr als bisher einziehen; ab 1990 0,60 Pfennig pro Jahr. Barzahler und Überweiser bitte wir, die geänderten Gebühren bei ihren Zahlungen zu berücksichtigen.

Der Geschäftsführende Bundesvorstand

Aus der Geschichte lernen

Zur 70. Wiederkehr des Todestages des am 21. Februar 1919 ermordeten Bayerischen Ministerpräsidenten Kurt Eisner dokumentieren wir einen Gedenkartikel aus der „Illustrierte republikanische Zeitung“ vom 9. November 1921.

Kurt Eisner

Zur 10. Wiederkehr seines Todestages am 21. Februar.

Am 21. Februar 1919 wurde der Bayerische Ministerpräsident Kurt Eisner vom Grafen Arco Valley ermordet. Damit war ein Leben ausgelöscht worden, das erfüllt war vom Kampf für Freiheit und Republik. Kurt Eisner war einer der glänzendsten sozialistischen Schriftsteller und schon während des Krieges leidenschaftlicher Vorkämpfer für die Völkerbundsidee. Sein Kampf für den Frieden brachte ihn im Januar 1918 für fast 9 Monate ins Gefängnis. Erst im Oktober 1918 wurde er der Freiheit wiedergegeben. Sie war ihm nur Mittel zu neuem Kampf gegen den Krieg, für Demokratie und Republik. Am 7. November führte er die Münchner Arbeiter und Soldaten zum Kasernensturm. Das morsche Gebäude des alten Staates brach zusammen. Am anderen Morgen las man in den Münchner Zeitungen: „Die Monarchie Wittelsbach ist abgesetzt! Bayern ist fortan ein Freistaat!“ Das schnelle Handeln war in München notwendig, weil bayerische reaktionäre Kreise, darunter auch der spätere Ministerpräsident Dr. Held, mit dem Gedanken einer bayerischen Separation spielten. Es ist der historische und nationale Verdienst Eisners, schon am 17. November 1918 in München die Fahne der Republik aufgerichtet und damit die Separationsabsichten der bayerischen Reaktion durchkreuzt zu haben.

Kurt Eisner übernahm in der jungen bayerischen Republik das Amt des Ministerpräsidenten. Seine Politik war vor allem darauf gerichtet, zu zeigen, daß das deutsche Volk nichts zu tun habe mit Sünden des untergegangenen Systems. Durch rücksichtslose Aufdeckung der geschichtlichen Wahrheit über den Kriegsursprung wollte er bei den Siegerstaaten Vertrauen werben für das republikanische Deutschland und so die Voraussetzung schaffen für einen erträglichen Frieden. Innerpolitisch aber sollte dadurch das Volk losgelöst werden von einer fluchbeladenen Vergangenheit. Deshalb sein leidenschaftlicher

Kampf gegen die Männer des alten Systems, deshalb die Veröffentlichung der bayerischen Gesandtschaftsberichte, die der Feststellung der Wahrheit über den Kriegsursprung dienten. Auf die Aktenveröffentlichung antwortete die reaktionäre Presse mit einer haßerfüllten Agitation gegen Eisner. Seine jüdische Abstammung wurde ihm wie ein Verbrechen vorgeworfen.

Eisner ließ sich nicht beirren. Auf der Internationalen Sozialistenkonferenz in Bern setzte er in der großen Kriegsschulddebatte seine Politik fort und schlug die ersten Brücken von den deutschen Arbeitern zur Arbeiterschaft des übrigen Europa. Dort gelang es ihm auch, die Hilfe der französischen Sozialisten für die baldige Rückkehr der deutschen Kriegsgefangenen zu mobilisieren. Er brachte eine Resolution ein, die sich gegen die Verwendung der Gefangenen zur Zwangsarbeit wandte, die Erleichterung ihres Loses und ihre baldige Rückkehr forderte. Die Resolution war unterzeichnet von Kurt Eisner und von dem französischen Sozialisten Renaudel. Dann aber geschah etwas kaum Glaubliches. Obwohl es Eisner gelungen war, in einer leidenschaftlichen Rede die Zustimmung des Kongresses für diese Resolution zu gewinnen, wurde er in der deutschen Rechtspresse wegen seines Auftretens in Bern auf das Schmählichste verleumdet und beschimpft. Man log sein Eintreten für die Kriegsgefangenen um in Verrat an den Gefangenen. Nach seiner Rückkehr bekam er zahlreiche Drohbriefe mit unzweideutigen Schlußwendungen: „Die Kugel, die dich trifft, liegt bereit!“ Die Haßstimmung gegen Eisner stieg, wurde von einer gewissenlosen Presse gesteigert und schuf die Mordatmosphäre. Studenten forderten zum Besuch einer Eisner-Versammlung auf durch ein Flugblatt, das schloß: „Mach hurtig, Landvogt, deine Uhr ist abgelaufen!“ Der Rektor der Münchner Universität antwortete auf Eisners Protest gegen diese Mordaufforderung, daß er in dem Flugblatt keine Mordaufforderung sehen könne, sondern nur die Aufforderung an den Ministerpräsidenten zum baldigen Rücktritt. Das könne er den Studenten nicht verwehren.

Die Verleumdungen gegen Eisner verstiegen sich bis zu der Behauptung, er habe in Bern erklärt, die Kriegsgefangenen hätten kein Recht, nach Hause zu gelangen, sondern müßten, und wenn es 50 Jahre dauere, das Los der Gefangenschaft tragen, bis die

zerstörten Gebiete wieder aufgebaut seien! Diese Lüge, die inzwischen zum eisernen Bestand der Nationalisten und Republikfeinde geworden ist und erst kürzlich wieder durch die Rechtspresse ging, hat Eisner gemordet. Auf dem Wege zum Landtag, in dessen Hände er sein Mandat zurücklegen wollte, wurde Kurt Eisner am 21. Februar 1919, vormittags um 10.00 Uhr, durch zwei Revolverschüsse getötet. Er brach sofort lautlos zusammen. Der Mörder wurde von der Begleitung Eisners schwer verwundet. Später ist er zum Tode verurteilt und zu lebenslanger Festungshaft begnadigt worden. Nach 5 Jahren leuchtete ihm zum zweiten Male die bayerische Gnadensonne. Er wurde völlig amnestiert und avancierte zum Direktor der Süddeutschen Lufthansa.

Selten ist ein Mensch so schwer verleumdet worden wie gerade Kurt Eisner. Die Lüge verfolgt ihn übers Grab hinaus bis heute. Aber auch in den Kreisen der Republikaner ist manch irrige Meinung über ihn verbreitet; am meisten die, Eisner sei ein Gegner

der Demokratie und ein Anhänger der Diktatur gewesen. Das Gegenteil ist richtig. Er war zeit seines Lebens bis zum letzten Atemzug demokratischer Sozialist. Die Kenntnis seiner Gesamtpersönlichkeit, die eine in diesen Tagen erscheinende Schrift „Der Revolutionär Kurt Eisner“ (Verlag I.H.W. Dietz Nachf., Berlin) zum erstenmale vermittelt, zeigt das mit aller Deutlichkeit. Eisner hatte die Fehler des alten Parlamentarismus erkannt und wollte eine neue lebendige Form der Demokratie schaffen. Getreu seinem Grundsatz, das, was man im Geiste trägt, auch wirklich zu machen, die ganze Person dafür einzusetzen, kämpfte er während des Krieges ohne Rücksicht auf sich selbst für den Frieden und ging für seine Überzeugung ins Gefängnis. In seinem Kampf gegen die Mitschuldigen an den Weltverbrechen, im Ringen für die Wahrheit über den Kriegsursprung fiel er, der Fanatiker der Wahrheit, gemeuchelt von der Lüge.

Felix Fechenbach

Bücher, Bücher...

Friedrich Georgi:
Soldat im Widerstand -
General der Infanterie Friedrich Olbricht
Verlag Paul Parey

General Olbricht gehörte zu den Männern des 20. Juli 1944. Er war zu dieser Zeit Chef des Allgemeinen Heeresamtes im Oberkommando des Heeres und wurde nach dem mißglückten Attentat noch in der Nacht vom 20. zum 21.7.1944 zusammen mit seinen engsten Mitarbeitern in Berlin erschossen.

Der Autor, Schwiegersohn von General Olbricht, berichtet über dessen Leben und Wirken aus persönlichem Erleben.

Das Buch basiert auf einem Vortrag, den der Autor am 23.4.1987 vor Offizieren des Heeresamtes der Bundeswehr gehalten hat und erschien aus Anlaß des 100. Geburtstages des Generals am 4.10.1988. Bei der Gedenkfeier sprach der Bundesminister der Verteidigung Dr. Scholz vor den geladenen Gästen zum Thema „Der 20. Juli 1944 und seine Bedeutung für die Bundesrepublik Deutschland.“

Briefe und Meinungen

Kommentar

Die Ergebnisse der Wahlen in Berlin haben es uns deutlich vor Augen geführt: Die Gefahr für unsere Demokratie kommt verstärkt von rechts. Auch bei den Kommunalwahlen in Hessen am 12. März 1989 und den Europawahlen am 18. Juni 1989 sowie bei anderen anstehenden Kommunal- und Landtagswahlen treten Altnazis, Neonazis und Faschisten an. Sie wollen ihre ausländerfeindlichen, gewerkschaftsfeindlichen, die Demokratie zerstörenden und andere, Haß säende Parolen in die Parlamente tragen.

Das dürfen wir nicht zulassen.

Die faschistischen Organisationen haben keinen Anspruch auf demokratische Rechte. Diese Rechte haben sie sich in der Zeit von 1933 bis 1945 endgültig und für alle Zeiten verwirkt.

Die nach den Wahlen in Berlin zutage getretene Unsicherheit in der Benutzung von Begriffen wie konservativ, rechtskonservativ, rechtsradikal, rechtsextremistisch und neonazistisch zeigt deutlicher noch als manch gewundene Erklärung oder Lammers Eiertänze auf der rechten Szene: es gibt eine Grauzone, die Grenzen wurden fließend. Wir dürfen unser Augenmerk und unsere Wachsamkeit nicht nur auf die klassischen faschistischen und neonazistischen Organisationen richten. Wir müssen uns auch mit deutschnationalen Äußerungen aus dem Bereich der CDU/CSU beschäftigen, auch wenn diese nur darauf gerichtet sind, den rechten Rand dieser Parteien zu stabilisieren. Wir dürfen es nicht hinnehmen, daß die Republikaner in unserer Gesellschaft durch eine Partei, die diesen Namen trägt, vereinnahmt werden und damit demokratische Traditionen einen faschistischen Anstrich erhalten. Schönhuber und seine Parteifreunde sind vom Nationalsozialismus durchdrungene Menschen. Sie haben mit ech-

ten Republikanern nichts, aber auch gar nichts gemein. Wir müssen die Bevölkerung aufklären über die wahren Hintergründe dieser „Partei“, über die Beweggründe der sie tragenden Funktionäre. Das gilt auch für die Deutsche Volksunion (DVU) des Herrn Gerhard Frey.

Rechtsextremismus hat in Deutschland Geschichte. Deshalb müssen wir das Wissen um die Vergangenheit weiter verbreitern; das schärft den Blick für gegenwärtige Gefahren. Wir müssen aus der Geschichte lernen, damit wir neuen Anfängen wirksamer entgegentreten können und sich nicht wiederholen kann, was Deutschland und die Welt ins Unglück stürzte. Politische Toleranz darf nicht denen gegenüber gezeigt werden, die den Nationalsozialismus, andere totalitäre Systeme oder terroristische Gewalt verherrlichen, Ausländerfeindlichkeit schüren und Gruppen in unserer Gesellschaft diskriminieren. Es muß vermehrt über die gesellschaftlichen Ursa-

chen, die historische Entwicklung und die politischen Folgen des Nationalsozialismus informiert werden. Diese Information muß aus dem Elternhaus über die Schule bis hinein in alle Bereiche unserer Gesellschaft gewährleistet sein. Parteien dürfen sich nicht gegenüber dem rechtsradikalen Rand öffnen, sie müssen sich abgrenzen und den Rechtsradikalismus gemeinsam mit allen demokratischen Kräften in unserer Gesellschaft bekämpfen. Die Ursachen, die zu neuem Faschismus führen, sind zu beseitigen.

Willi Brandt hatte recht, als er vor 20 Jahren formulierte: „Wir müssen mehr Demokratie wagen“.

Eine demokratische Offensive aller gesellschaftlichen Gruppen, die die Demokratie sichern wollen, ist die angemessene Antwort auf das Berliner Wahlergebnis und die aufkeimende rechtsradikale Szene.

Karl-Heinz Jungmann

Nachrichten, Namen, Notizen

Rechtsruck in Berlin?

In ersten Reaktionen auf das überraschende Berliner Wahlergebnis war angesichts des hohen Stimmenanteils der Republikaner (7,5 Prozentpunkte) von einem Rechtsruck die Rede. Festzuhalten ist allerdings, daß das gesamte rechte Lager, CDU und FDP inklusive, gegenüber 1985 um 5,7 Prozentpunkte abgenommen hat. CDU und FDP haben also wesentlich mehr verloren als die Republikaner zugenommen haben.

Demgegenüber haben SPD und Alternative Liste um 5,5 Prozentpunkte zugelegt.

Die Auswertungen der Forschungsgruppe Wahlen ergeben im einzelnen folgendes Bild: Die CDU hat am stärksten in den Arbeitergebieten verloren (minus 10,9 Prozent). Dort hatte sie bei der letzten Wahl am stärksten zugelegt, weil dort viele Wähler/innen von der SPD zur CDU wechselten. In diesen Gebieten hat jedoch die SPD von den hohen Verlusten der CDU nicht über das normale Maß hinaus profitieren können. Der Zuwachs in den Arbeitergebieten war nur unterdurchschnittlich (plus 4,6%). Ein Teil der 1985 von der SPD zur CDU gewechselten Arbeiter ist bei den Republikanern gelandet, denn diese haben in den Arbeitergebieten besonders gut abgeschnitten (8,8%).

Die CDU hat in den Gebieten mit hohem Ausländeranteil besonders stark verloren (minus 11,2%), die Alternative Liste hat dagegen in diesen Gebieten besonders stark zugelegt (plus 2%). Diese Gebiete stellen auch Hochburgen der AL dar, sie erreichte dort 17,8%. Für SPD, FDP und Republikaner gibt es keinen so eindeutigen Zusammenhang zwischen

Ausländeranteil und Wahlergebnis. So haben zum Beispiel die Republikaner in Gebieten mit niedrigen und mit hohem Ausländeranteil fast gleiche Resultate erzielt (7,9% bzw. 7,8%).

Bemerkenswert ist, daß bei einer Kombination von Arbeiter- und Ausländeranteil die Republikaner ihre besten Ergebnisse in Gebieten mit hohem Arbeiter- und niedrigem Ausländeranteil erreicht haben (9,4%). Dies spricht für die Vermutung, daß es sich bei den Anhängern der Republikaner weniger um Wähler/innen handelt, die in ihrem unmittelbaren Wohnumfeld mit einem hohen Ausländeranteil konfrontiert sind, sondern vielmehr um solche, die ihren sozialen Status in der Zukunft bedroht fühlen.

Woher kam der Zugewinn der SPD? Die SPD hat als Oppositionspartei die mit der jetzigen Politik Unzufriedenen nur teilweise gewinnen können. Ein erheblicher Teil ist zu den Republikanern gewandert. Von ihrer Sozialstruktur könnten diese Wähler aber auch zur SPD gehören: Es handelt sich vor allem um Facharbeiter/innen, kleinere Angestellte, vor allem zwischen 40 und 60 Jahren, die zum Teil direkt mit Ausländern um billigeren Wohnraum und Arbeitsplätze konkurrieren. Dazu gehören auch jüngere Wähler/innen mit einfacher und mittlerer Ausbildung, deren Berufschancen bedroht sind. Die Wähler/innen, die vom Regierungslager zur SPD kamen, sind vor allem solche aus mittleren Einkommens- und Berufsgruppen, unter 40 Jahren, mittlere Angestellte und Beamte mit geringen Parteibindungen.

Friedrich-Ebert-Gedenkstätte eingeweiht

Friedrich Ebert wurde am 11. Februar 1919 zum 1. Deutschen Reichspräsidenten gewählt. Am 70. Jahrestag dieser Wahl wurde im Geburtsort von Fried-

rich Ebert die Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte in Heidelberg eröffnet. Ehrengast bei der Eröffnung war Bundespräsident Dr. Richard von Weizsäcker. Das Reichsbanner war durch seinen Bundesvorsitzenden, Walter Hesselbach und den stellvertretenden Bundesvorsitzenden, Karl-Heinz Jungmann, vertreten.

In Grußworten und Festansprachen würdigten der Heidelberger Oberbürgermeister Reinhold Zundel, Ministerpräsident Lothar Späth, Bundesminister des Innern, Friedrich Zimmermann und Ministerpräsident Johannes Rau das Leben und die Arbeit von Friedrich Ebert.

Der Geschäftsführende Bundesvorstand des Reichsbanner wird im Laufe des Jahres 1989 eine Arbeits-sitzung in der Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte durchführen. Die Leitung der Gedenkstätte zeigt auch an der Arbeit des Reichsbanner großes Interesse.

K.H.J.

An den Morderlaß der Nazis erinnert Vizepräsident Heinz Westphal vor Zentralrat der Sinti und Roma

Am 16. Dezember gedachte Vizepräsident Heinz Westphal vor dem Zentralrat Deutscher Sinti und Roma der Auswirkungen des Runderlasses von 1938, mit dem die Zigeuner bekämpft werden sollten. Er wies darauf hin, daß 1982 Bundeskanzler Helmut Schmidt die Tatsache des nationalsozialistischen Völkermords an den Sinti und Roma „regierungsamtlich feststellte, damit daraus Konsequenzen gezogen werden können“.

Westphal erinnerte daran, daß die Instrumente, die der Rassenwahn des Nationalsozialismus benutzen konnte, schon im vergangenen Jahrhundert geschaffen worden waren, als in München im Jahre 1899 eine sogenannte „Zigeunerpolizeistelle“ angelegt wurde, die 1925 über rund 14 000 Zigeunerakten verfügte. Bayern habe 1926 das „Gesetz zur Bekämpfung von Zigeunern, Landfahrern und Arbeitsscheuen“ erlassen, 1931 hätte der Sicherheitsdienst der SS in München eine Auskunft über die „außereuropäischen Fremdrassen in Deutschland“ eröffnet. Die Nürnberger Rassegesetze hätten auch juristisch die Sinti und Roma mit Juden gleichgestellt. Als letzte Stufe sei 1938 der Erlaß zur Bekämpfung der Zigeuner in Kraft gesetzt worden.

Auch in der Nachkriegszeit hätten Vorbehalte gegenüber Zigeunern bestanden. Es sei daher erforderlich, sich verstärkt darum zu bemühen, die Vorurteile abzubauen und ein Zusammenleben mit Sinti und Roma zu verbessern.

Solange „wir nicht fähig sind, die Andersartigkeit der Sinti und Roma zu tolerieren, ohne sie ins soziale Abseits zu drängen, sind wir nicht wirklich frei“.
(wib 1/89)

Volkszählung zeigt Wohnungsnotstand

Die aus der Volkszählung bislang gewonnenen Daten beweisen, daß die Wohnungspolitik korrigiert werden muß.

In der Bundesrepublik Deutschland gibt es rund eine Million Wohnungen weniger, als es nach der Fortschreibung des Wohnungsbestandes von 1968 angenommen worden ist. Das ergab die mit der Volkszählung 1987 erhobene Wohnungszählung. Statt 27,3 Millionen vermuteten Wohnungen sind es tatsächlich nur 26,3 Millionen - für rund 27 Millionen Haushalte. Die Wohnungsnot hält an, vor allem im Süden und in den Ballungsgebieten. Die Zahlenangaben stammen vom Statistischen Bundesamt.

K.H.J.

Gegen Todesurteile in Südafrika

Auf ein Schreiben von Monika Wulf-Mathies (ÖTV-Vorsitzende) hin hat Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher die Botschaft der Bundesrepublik in Südafrika angewiesen, sich bei der Regierung in Pretoria für eine Begnadigung vierer zum Tode verurteilter Transportarbeiter einzusetzen.

Am 23. August waren Stanford Ngubo, Johannes Buthelezey, Bethwell Sabelo und William Khuzwayo, Mitglieder der „Transport and General Worker's Union“, vom Obersten Gericht in Durban für schuldig befunden worden, Ende 1986 anlässlich eines Streiks den Busfahrer Retford Shezi ermordet zu haben. Dabei konnte nicht einmal einwandfrei nachgewiesen werden, daß sie am Tatort waren.

In seiner Antwort vom 19. Dezember 1988 schreibt der Außenminister, auch nach der Begnadigung der „Sechs von Sharpeville“ würden „noch fast 300 Menschen in Südafrika von der Vollstreckung der Todesstrafe bedroht“. Auch für sie setze die Bundesregierung sich ein.

(ÖTV-Pressedienst)

DGB-Kulturpreis an zwei Mutige

Den mit 25 000 Mark dotierten Kulturpreis des Deutschen Gewerkschaftsbundes erhielten am 13. Dezember 1988 in Koblenz der Graphiker Clement Moreau und die Bildhauerin Bettina Eichin. Er steht für den Widerstand gegen die Nazis, sie für den mutigen Protest gegen die Umweltkatastrophe bei Sandoz.

(DGB-Pressedienst)

Das Reichsbanner

Erscheint seit 1924

Organ des Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Bund aktiver Demokraten e.V. und des Freiheitsbundes e.V. Berlin. Mitglied der Union Deutscher Widerstandskämpfer- und Verfolgtenverbände e.V. (UDWV).

Gerichtsstand und Erfüllungsort: Frankfurt am Main.

„Das Reichsbanner“ ist eine Publikation des Bundesvorstandes des Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Bund aktiver Demokraten e.V., Wilhelm-Leuschner-Straße 69-77, Postfach 10 18 44, 6000 Frankfurt am Main 1.

„Das Reichsbanner“ erscheint jährlich in vier Ausgaben. Der Bezugspreis beträgt 6,00 DM zuzüglich Versandkosten im Jahr. Abbestellungen bis 6 Wochen vor Jahresschluß.

Gesamtherstellung: Druckerei Lehmann, Ahornstraße 30, 6230 Frankfurt am Main 80.

Redaktion: Karl-Heinz Jungmann (presserechtlich verantwortlich), Heinrich Bode (Pressereferent und Redakteur des Bundesvorstandes), Hartmut Schutz (Redakteur).

Anschrift des Verlages der Redaktion und des Vertriebs: Postfach 10 18 44, 6000 Frankfurt am Main 1.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Namentlich gezeichnete Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Offizielle Stellungnahmen des Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Bund aktiver Demokraten e.V. werden gekennzeichnet.